Dresden 1883.
Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Numm. 10 Pfge.
Auflage 38000 Exempl.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Annoncen für uns nehmen an: Die Annoncen-Bureaux v. Haasenstein & Vogler; — Rudolf Mosse; — Daube & Comp.; — Invalidendank; — G. Müller in Görlitz; — Rob. Kieß in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Halle; — Steiner in Hamburg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

28. Jahrgang.
Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 1 Uhr. Zu Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile kostet 15 Pf. Eingesandt die Zeile 30 Pf.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von unbekannten Personen werden wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. Acht Silben kosten 15 Pf. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pf.

I. Theater- u. Maskengarderobe
für Herren und Damen.
Neue Costüme schnell nach Maass.
E. Preusser's Nachf. Max Jacobi,
Nr. 2 Galeriestrasse Nr. 2.

Uhrketten und Halsketten (Specialität)
von Talmi-Gold mit Garantie, für Herren von 2 M. 50 Pf. an, für Damen mit Quaste von 4 M. 50 Pf. an,
dito echt 14karätgoldene Charnierketten von 14 M. an,
echt Silber von 5 M. an, Nickel von 50 Pf. bis 8 M.
Uhrschlüssel, Medaillons, Kreuze, Ohrringe, Broschen etc. von echten Granaten in Gold, Talmi-Gold etc. unter Garantie.
B. A. Müller, Pragerstrasse Nr. 37,
Galanterie-, Leder-, Spiel- und Nadlerwaaren-Handlung.
Ausverkauf von Ball- u. Concertfächern St. von 40 Pf. an.

Leberthran
beste Marke von Meyer, Christiania
Königl. Hofapotheke Dresden,
am Georgenthor.

Prof. Dr. Jaeger's Monatsblatt
12 Nummern, liegen beständig aus: Restaurant Knelst, Restaurant Renner, Restaurant Angermann, Café König, Café Passage, Café Pollender.

Nr. 23. | Witterung vom 22. Januar: Barometer nach Oskar Böhm, Wallstraße 19 (Abends), 770 Mill., seit gestern 7 Mill. gefallen. Thermometrogr. nach Reaumur: Temp. 1° W., nieder. Temp. 1½° W., höchste Temp. [illegible]° W. Nord-Wind, heiter, Schnee. | Aussichten für den 24. Januar: Nord, mäßig, veränderlich, etwas Niederschlag, Frost. | Dienstag, 23. Januar.

Für die Monate Februar und März

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, **Marienstraße Nr. 13**, zu 1 Mark 70 Pfg., für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im deutschen Reichsgebiet zu 1 Mark 84 Pfg., in der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie zu 1 Gulden 54 Kreuzer (excl. Agiozuschlag) angenommen.

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Das gewöhnliche Maß von Unglücksfällen wird seit Beginn des Neujahrs um ein Beträchtliches überschritten. Kein Tag, daß nicht der Telegraph eine schreckliche Kunde brächte! In den Zeitungen nimmt die Rubrik der Massenverunglückungen einen unheimlich wachsenden Raum ein. Ueberschwemmungen, Circusbrände, Theater- und Hotelfeuersbrünste, Eisenbahnzusammenstöße, Pulver-Explosionen, Schiffbrüche und wie sonst das grauenvolle Verzeichniß aus dem Arsenal des Todes weiter lautet, Alles dies drängt sich jetzt in jeder Zeitungsnummer in beängstigender Menge. Wie viel zerstörter Wohlstand von Staaten, Provinzen, Gesellschaften und Einzelnen! Wie viel vernichtetes Familienglück! Welche Masse für immer zerrissener freundlicher Beziehungen! Welche Anstrengungen sind nöthig, um die Spuren dieser Verwüstungen und Katastrophen auch nur äußerlich zu beseitigen! Zu all den Massen-Verunglückungen treten nun auch solche einzelne Todesfälle, bei denen der Einzelne zwar nur der gebrechlichen Menschennatur den im Laufe der Dinge begründeten Tribut zahlt, die aber, weil sie erlauchte Personen in hervorragender Lebensstellung betreffen, weitgedehnte Kreise in Mitleidenschaft ziehen. Der Tod des Prinzen Karl von Preußen berührt nicht nur das Hohenzollernhaus und den erhabenen Chef desselben, den Kaiser Wilhelm und die befreundeten und verwandten Fürstlichkeiten besonders schmerzlich, er übt seine empfindliche Rückwirkung auf zahlreiche Gesellschaftsklassen. Des Kaisers Wilhelm Majestät überlebt, gottbegnadet und reichgesegnet, in ungeschwächter körperlicher und geistiger Rüstigkeit alle seine jüngeren Brüder. Es ist eine erstaunliche Lebenskraft und Lebensfülle, die sich in der Thatsache bekundet, daß der noch im vorigen Jahrhunderte geborene Kaiser Wilhelm alle seine Brüder, deren Geburtsstunden in dieses Jahrhundert fielen, begräbt. Bei den monarchischen Gefühlen, die im Königreich Preußen sich allezeit so lebendig bekunden, wird die Theilnahme an dem Trauerfall, den das Regentenhaus betroffen hat, sich aufrichtig äußern. Aber auch im ganzen anderen deutschen Reiche fühlt das Volk den Schmerz nach, den das kaiserliche Oberhaupt empfindet. Es ist aber auch ein harter Schlag für Tausende, daß der Todesengel gerade jetzt an das Lager des greisen Prinzen trat. Große Vorbereitungen für die silberne Hochzeitsfeier des Kronprinzenpaares waren im Gange, glänzende Hoffeste, künstlerische Schauspiele, Fackelzüge und was dergleichen mehr ist. Damit ists nun vorbei. Die Fürsten, die nach Berlin zur Hochzeitsfeier gehen wollten, kommen nun gerade noch zurecht zum Leichenbegängniß. Die ohnehin außerordentlich kurze Faschingszeit erfährt damit eine höchst störende Unterbrechung und schädliche Abkürzung. Viele Tausende von Menschen, die durch die im Gange befindlichen Festlichkeiten Erwerb fanden, sehen sich jetzt um ihren Verdienst verkürzt. Denn vermöge der Hof-Etiquette läßt sich die Trauer bei den Höfen außerhalb Berlins nicht gut lange hinausschieben. Da ist es denn wohl am Platze, darauf hinzudeuten, daß diejenigen hohen Kreise, die durch ihre nahen Beziehungen zu den Fürstenfamilien nicht zu ganz besonderen Rücksichten gedrängt sind, im Interesse der Gewerbtreibenden sich nicht ihren geselligen Pflichten entziehen möchten! Diese delikate Frage bedarf keiner ausführlichen Erörterung. Dem Tode mag man sein Recht gewähren, aber die Lebenden haben auch ihr Recht.

Unter den Fürsten, welche zu der nunmehr verschobenen silbernen Hochzeitsfeier nach Berlin gekommen waren, wird der Herzog von Edinburg jetzt viel genannt. Dieser englische Prinz war besonders frühzeitig eingetroffen. Seine Aufnahme in das Kapitel der Ritter vom Schwarzen Adlerorden hat zur Erklärung dieses Umstandes nicht genügt. Man vermuthet andere Beweggründe. Es heißt, der Herzog wolle sich seine Ansprüche auf den Thron von Koburg-Gotha abkaufen lassen. Der Herzog von Edinburg ist der zweite Sohn der Königin Viktoria aus ihrer Ehe mit dem Prinzen Albert von Koburg-Gotha. Dieser längst verstorbene Prinz wäre, sobald der jetzige Herzog Ernst einmal die Augen schließt, der nächstberechtigte Erbe des Doppelherzogthums gewesen; seine Thronansprüche sind auf seine Kinder übergegangen. Sein ältester Sohn, der Prinz von Wales, kann als künftiger König von England niemals zugleich Regent des deutschen Kleinstaates sein; wohl aber hindert, außer der Politik nichts, daß sein nächstjüngerer Bruder, eben dieser Herzog Alfred von Edinburg, sich den thüringischen Herzogsmantel umwirft. Man scheint es nun in Berlin gar nicht gern zu sehen, daß ein fremder Prinz deutscher Bundesfürst wird und möchte ihm seine Ansprüche abkaufen. Verhandlungen haben darüber geschwebt, sie sollen dem „Morning-Advertiser" zufolge sogar so weit schon gediehen gewesen sein, daß Prinz Albert für 1 Mill. Pfund Sterling (20 Mill. Mark) auf den Herzogshut Verzicht leisten wollte. Die Königin von England begab sich nach Baden, um die Angelegenheit zu ordnen; allein es stellte sich ein Hinderniß ein. Fürst Bismarck bot dem Herzog 1 Million in baarem Gelde und eine lebenslängliche Jahresrente von 60,000 Pfund Sterling an. Der Herzog aber zog die sofortige Zahlung eines größeren Pauschquantums vor, mit Verzichtleistung auf die Jahresrente, welche im Falle irgend welcher ernster politischer Veränderungen nicht gezahlt werden dürfte. Dies Ansinnen verursachte den Abbruch der Unterhandlungen. Wie die Sache jetzt steht, ist nicht bekannt. Unseres Erachtens hat der Herzog von Edinburg, wenn er bereit war, seine gesetzlichen Ansprüche auf einen deutschen Fürstenthron sich für ein gutes Stück Geld abkaufen zu lassen, alle Ansprüche auf Sympathie verwirkt. Das Markten und Feilschen um die Summe macht den Handel nur noch abstoßender. Was wäre denn aber auch gewonnen, wenn der edle Herzog von Edinburg für seine Person darauf verzichtete, deutscher Bundesfürst zu werden? Hinter ihm kommen dann so und so viel erbberechtigte Agnaten. Es ist nicht bekannt, daß diese auch verzichten. Warum sollen denn (ganz einmal von den englischen Prinzen zu schweigen) die thüringischen Fürsten von der Ernestinischen Linie auf den Thron von Koburg-Gotha verzichten? Außerdem hat das Haus Wettin ja auch noch eine kräftig blühende Albertinische Linie. Es macht sich auch sehr sonderbar, daß die Bewohner der beiden Herzogthümer sozusagen verkauft werden sollen. Sie haben doch auch ihr Recht und ihre Landesverfassung. Die kleinen Throne einzustecken, dahin mag vielleicht in Berlin eine gewisse Strömung gehen, die ja auch den braunschweigischen Herzogshut in dem Märkischen Museum aufhängen möchte — soviel wir aber wissen, ist das deutsche Reich zum Schutze der Rechte aller seiner Glieder gegründet.

Um mit der so nöthigen Sonntagsruhe endlich bei der Post einen wirklichen Anfang zu machen, hatte Abgeordneter Lingens folgende Resolution beantragt:

„Der Reichskanzler solle darauf Bedacht nehmen, a) daß an Sonn- und Festtagen nur Briefe, Postkarten und mittelst Postdebit zu beziehende Zeitungen anzunehmen, zu befördern, auszugeben und zu bestellen, dagegen Waarenproben, Drucksachen, Packete, Geld und Werthsendungen, insofern solche nicht als durch Eilboten zu bestellende aufgegeben werden, vom Dienste auszuschließen seien; b) daß an Sonn- und Festtagen Telegramme mit einem Aufschlage von 20 Pf. zu belegen seien."

Dieser von einem Klerikalen gestellte Antrag hat sofort auch die unterstützenden Stimmen der Konservativen gefunden.

Alles Interesse in Frankreich sammelt sich auf die heute bevorstehenden Kammerverhandlungen betreffs der Verbannung der Prinzen. Die Regierung hat gut sagen, sie wolle nur eine Generalvollmacht, um erforderlichenfalls einen gefährlichen Thronprätendenten landesverweisen zu können. Die politische Konsequenz drängt gebieterisch darauf hin, daß alle Mitglieder der Häuser Bourbons, Orleans und Bonapartes in's Ausland gehen. Zwangsweise oder freiwillig — es kommt schließlich auf Eins hinaus. Alles spitzt sich auf die Ausweisung der Orleans zu. Man braucht die tausend Märchen über die Komplotte dieser Prinzen zum Sturze der Republik nicht zu glauben — ihren ersichtlichen Zweck, das Verbannungsdekret durchzusetzen, werden sie kaum verfehlen. Die Republik schlottert eben vor Furcht. Dieselben Republikaner, welche die ehrenvolle Heimberufung der Mordbrenner der Kommune als ungefährlich und human durchsetzten, zittern, daß orleanistische Prinzen im französischen Heere dienen. Dem Herzog von Aumale, der sich zunächst an die Spitze der Regierung bringen wolle, könne man bei seinem hochverrätherischen Treiben auf gesetzlichem Wege nicht beikommen — daher sei ein Ausnahmegesetz nöthig. Außerdem soll das Gesetz über die Presse und Maueranschläge in reaktionärem Sinne verschärft werden. Leicht kann über diesen Ministervorschlag das ganze Kabinet straucheln. Große Mühe geben sich die Rothschilds, die stets die Financiers des Hauses Orleans waren, die Verbannung zu hintertreiben. Die Rothschilds und die Banquiers Camondo und Heine erklärten den Ministern, daß die Annahme des Ausnahmegesetzes eine große Baisse an der Börse bewirken würde. Frankreich steht abermals vor einer schweren Krisis. Dieses Zusammentreffen der politischen mit der wirthschaftlichen Krisis ist keineswegs unbedenklich, der Rückgang der Staatsrente in einem Lande, wo es mehr als sechs Millionen Besitzer von Renten-Einschreibungen giebt, erschüttert das Vertrauen und die Neigung zu der bestehenden Staatsordnung mehr als die bedeutendsten politischen Vorgänge.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 22. Jan.

Berlin. Reichstag. Präs. v. Levetzow macht dem Hause Mittheilung von dem gestern erfolgten Ableben des Prinzen Karl von Preußen und ersucht um Ermächtigung des Präsidiums, dem Kaiser die Theilnahme des Reichstags kundzugeben. Die Ermächtigung wird ohne besondere Abstimmung ertheilt. Ferner theilt der Präsident mit, daß von Comités in New-York und Detroit 100,000 bez. 82,000 M. für die rheinischen Calamitosen eingegangen seien. Die Verwendung dieser Summe erfolgt nach denselben Grundsätzen, welche die Reichstagsmitglieder aus den betroffenen Gegenden mit dem Fürsten Bismarck für die Verwendung der vom Kaiser gewährten 600,000 Mk. festgesetzt haben. Die Ankündigung von den eingegangenen Gaben wird mit lautem Beifall aufgenommen. Alsdann wird in die Berathung des Militäretats eingetreten. — Schott verbreitet sich eingehend über gesellschaftliche Verhältnisse beim Militär, insbesondere über Mißhandlung von Mannschaften, Geldmachen der Unteroffizieren und Zurücksetzung der bürgerlichen Offiziere gegenüber den adligen. Ferner wünscht er Ersparnisse, so bei der Uniformirung, durch Beseitigung der Kürassiere, Verminderung der Garden, der Adjutanten rc. — Kriegsminister v. Kameke entgegnet dem Vorredner, daß Fälle roher Behandlung von Mannschaften mit außerordentlicher Rigorosität bestraft würden. Der Kaiser lasse sich jeden einzelnen dergl. Fall unterbreiten. Das „Geldmachen" der Unteroffiziere sei eine Unsitte; man solle ihm die Leute zeigen, sie würden dann streng bestraft werden. Mit der Anzeige solcher einzelnen Fälle werde man sich viel verdienter machen, als mit solchen allgemeinen Angriffen. Wenn einzelne Kavallerieregimenter junge Männer abgewiesen hätten, so sei dies geschehen, weil bereits zu viel Avantageure vorhanden waren, nicht aber, weil die sich Anmeldenden bürgerlicher Herkunft waren. Wenn sich in den oberen Chargen mehr Adlige als Bürgerliche befänden, so sei dies darauf zurückzuführen, daß sich erst seit einigen Decennien Bürgerliche mehr am Militärdienst betheiligen, sowie auch darauf, daß viele hohe Offiziere bürgerlicher Herkunft geadelt worden seien. Er habe s. Z. sich nicht gegen eine bestimmte Aenderung der Militärstrafprozeßordnung ausgesprochen, sondern er habe nur gesagt, daß die Armee sehr empfindlich gegen Aenderungen der Strafprozeßordnung sei. — v. Minnigerode bittet, einer Aeußerung Schotts gegenüber, die auswärtige Politik nur in Ausnahmefällen heranzuziehen. In seinen Kreisen gelte die Armee als der Stolz des Landes und man fordere da nicht Ersparnisse, durch welche die Wehrkraft des Landes geschädigt werde. Die Uniformen unserer großen Nachbarstaaten seien glänzende, besonders in dem demokratischen Frankreich, das namentlich auch eine brillante Garde besitze. Die Kürassiere seien nicht infolge der Küraffe, sondern der nothwendigen schweren Pferde so theuer. Schott habe weniger Empfindlichkeit im Ehrpunkte verlangt; die Ehre sei der Nerv, der unsere Armee tüchtig erhalte. Er erblickt in den Aeußerungen Schott's wieder den allgemeinen Versuch, die Wehrkraft des Landes zu beschränken. Es sei doch nicht Muthwille oder Leidenschaft, wenn unser Kaiser die Erhaltung einer starken Armee wünsche, sondern die Nothwendigkeit erfordere das. — Richter: Bei Mißhandlungen der Soldaten fürchteten häufig die Betroffenen blos Anzeige zu erstatten. Windthorst: Der Reichstag lege sich bezüglich der Discussion über die äußere Politik mehr Reserve auf, als richtig sei. — v. Vollmar: Die sogenannten „Gemeinen" seien auch in diesem Budget die Proletarier. Wenn man den Rothstift nehme, um bei den höheren Stellen ordentlich zu streichen, dann könne man vielleicht die Mittel gewinnen, die „Gemeinen" noch einmal so gut zu stellen. Mißhandlungen von Soldaten kämen häufig vor, sie würden ja von den Zeitungen mitgetheilt. Redner führt einzelne Fälle aus Zeitungen an. Das Ehrgefühl müsse in der Armee natürlich erhalten werden; er habe indeß noch nicht gehört, daß ein Mensch, der sich der ehrlosen Handlung schuldig gemacht, einen Anderen, der sich nicht wehren kann, zu mißhandeln, — er habe noch nicht gehört, daß ein solcher aus dem Offizierscorps als ehrlos ausgestoßen worden sei. Es gebe noch andere Armeen außer der deutschen, die doch auch tüchtig seien, ohne eine solche Disziplin nöthig zu haben wie man sie in Deutschland für erforderlich halte. Man sollte Alles thun, um den Vätern die Befürchtungen zu nehmen, die sie jetzt haben müssen, wenn ihre Söhne zum Militär kommen, Befürchtungen, die sich auf die traurigen Ziffern der Statistik der Selbstmorde in der Armee gründen. — v. Maltzahn-Gültz: Er frage, ob die Zunahme der Selbstmorde nicht vielmehr auf die Lehren zurückzuführen sei, welche die Partei des Vorredners verbreite, und durch welche der Glaube an den lebendigen Gott vernichtet werde. (Beifall rechts.) Es gebe allerdings Offizierscorps, die lieber Adelige als Bürgerliche aufnähmen und es habe ja auch eine gewisse Berechtigung, wenn man von den Gliedern solcher Familien, die sich durch Generationen um den Staat verdient gemacht, Tüchtigkeit voraussetzt. Man möge einen Fall anführen, wo der Sohn eines bürgerlichen Offiziers von einem Offizierscorps zurückgewiesen worden sei. Die Resultate, welche mit der Behandlung von Fragen der auswärtigen Politik von den Parlamenten zu London und Paris erzielt worden, seien nicht derart, diese Sitte auch bei uns einzuführen. — Windthorst: Wenn die Stellungen der Gardeoffiziere fortfahren, so kostspielig zu sein, so werden die Offiziere nicht aus dem Adel, sondern aus der Finanz genommen werden. — Richter-Hagen bringt den Fall Schleinitz, sowie die vielbesprochenen Erschießungsfälle in der Hasenhaide und an der Invalidensäule in Berlin zur Sprache. — Kriegsminister Kameke kann dem Abg. Richter wegen der nicht sofortigen Verhaftung des Erpressers von Schleinitz momentan keine Auskunft geben. Der Soldatenposten in der Hasenhaide, welcher vorigen Sommer in einem Anfalle von Geistesstörung einen Arbeiter erschossen, sei als untauglich entlassen und die Hinterlassenen des Arbeiters unterstützt worden. Nach längeren Debatten über das Vorhandensein von mehr Musikern, als etatsmäßig eingestellt seien, über deren Bezahlung aus Ersparnissen von Bekleidungsgeldern, über Arbeitsmodus in Militärwerkstätten und die Schädigung Privater durch die Oeconomie-Handwerker werden die Anträge Richters auf Vorlegung bezüglichen Materials an eine Kommission verwiesen. Möller und Richter sprechen gegen Beibehaltung der Kürassire und der Gardecorps; letzteres sei nur für den Paradedienst verwendbar. — Schorlemer und Kameke für die betreffenden Truppentheile. (Fortsetzung morgen.)

Pest. Das Unterhaus begann mit der Berathung einer Petition um Aufhebung der Judenemancipation. Referent sagte, in einem Rechtsstaate dürfe an dem Prinzipe der Gleichberechtigung aller Bürger nicht gerüttelt werden. Istoczy begründete den Antrag, die Regierung anzuweisen, eine Vorlage über Revision des Emancipationsgesetzes einzubringen. Die morgige Sitzung wird auf Antrag Tiszas dauern bis diese Frage erledigt ist.

Paris. Kaiserin Eugenie ist hier eingetroffen. — Wie verlautet würde ein oberster Gerichtshof constituirt zur Aburtheilung des Prinzen Napoleon. — Drei Bonapartisten legten ihre Mandate nieder; an ihrer Statt soll Napoleon aufgestellt werden, mag derselbe auch freigesprochen oder ausgewiesen werden.

Paris. Der Bonapartist Cuneo interpellirt die Regierung wegen der Entfernung der Anschläge, das Manifest Napoleons enthaltend, und warf dem Richter die Verletzung des Preßgesetzes vor. Der Justizminister erwiederte, der Richter habe das Verfahren Napoleons als ein Verbrechen gekennzeichnet, daher falle dies unter das Strafgesetz, nicht unter das Preßgesetz. Die Kammer nahm mit 400 gegen 88 Stimmen die einfache Tagesordnung an.

Die **Berliner Börse** eröffnete belebt mit guter Tendenz; später trat Abschwächung ein. Schluß matt. Von Eisenbahnen ostpreußische animirt, andere vielfach matter, fremde still. Banken ziemlich belebt, Diskonto und Dresdner höher. Bergwerke schwächer. Industrien wenig verändert. Deutsche Fonds fest, fremde still. Russen belebt.

Frankfurt a. M., 22. Jan., Abends. Credit 242, Staatsbahn 272, Lombarden 112⅞, 60er Loose —, Oest. Silberrente —, Papierrente —, Galizier [illegible], Oesterr. Goldrente —, 6% Ung. Goldrente —, 77er Russen —, 80er Russen —, 2. Orientanleihe —, Neueste Ungar. Goldanleihe —, 3. Orientanleihe —, Ungarische Papierrente —, Diskonto —, Egypter —, Gotthardbahn [illegible]. Matt.

Wien, 22. Januar, Abends. Credit 277,80, Staatsb. [illegible], Lombarden [illegible], Nordwestbahn [illegible], Napoleon [illegible], Ung. Credit [illegible]. Börse [illegible].

Paris, 22. Januar (Schluß.) Rente 77,70, Anleihe 114,[illegible], Italiener [illegible], Staatsbahn 670,[illegible], Lombarden [illegible], do. Prioritäten [illegible], Egypter [illegible], Oesterr. Goldrente 84. Matt.

Paris (Produkten), 22. Januar. (Schluß.) Weizen Januar 26,10, März-Mai 26,10, behauptet. Spiritus Januar 51,20, Mai-August [illegible], matt. Rüböl Januar 87,25, Mai-August 86,20, fest.

Amsterdam (Produkten), 22. Januar. (Schluß.) Weizen März 274, Mai —, steigend. Roggen März 172, Mai 170, fest.

London, 22. Januar. (Getreidemarkt.) Schluß. Fremder Weizen 1 Sch. theurer. Angekommener fest. Mehl, amerik. Mais ½ Sch. gegen vorige Woche theurer, runder Mais fest, ruhig. Dänischer Hafer ¼–½ Sch. gegen vorige Woche billiger. Malzgerste fertig. Mahlgerste weichend.

Lokales und Sächsisches.

— In Folge Ablebens des Prinzen Karl von Preußen wird am hiesigen Königl. Hofe auf eine Woche, bis mit 28. d. Mts., Trauer angelegt. Aus gleichem Grunde wurde der für gestern Abend anberaumte Hofball abgesetzt.

— Der am Sonntag in Berlin verstorbene Prinz Karl, am 29. Juni 1801 geboren, war vier Jahre jünger als sein Bruder, Kaiser Wilhelm; er war vermählt mit der Prinzessin Maria Luise Alexandrine, Tochter des verstorbenen Großherzogs Karl Friedrich